

Sitten, 11. November 2016
Medienmitteilung

NEIN zu einem chaotischen und kostspieligen Ausstieg aus der Kernkraft Die Atomausstiegsinitiative verlangt ein zu schnelles Vorgehen

Um ihren Energiebedarf zu decken, zählt die Schweiz auf die Wasserkraft (57% der Produktion) und die Atomkraft (38% der Produktion). Letztere stammt aus fünf Kraftwerken in den Kantonen Bern, Solothurn und Aargau.

Die Atomausstiegsinitiative verlangt die fast sofortige Schliessung drei dieser Kraftwerke. Die Schweiz wäre von einem Tag auf den anderen gezwungen, grosse Mengen an Strom aus dem Ausland zu importieren. Grösstenteils Atom- und Kohlestrom aus Deutschland und Frankreich, wohlgemerkt.

Dazu kommt, dass der radikale Umbau des heutigen Netzes, der dann nötig wäre, kaum bis Ende 2017 umzusetzen ist. Das Wegfallen der Kernkraft mit einer Steigerung der Walliser Wasserkraft zu kompensieren ist ebenfalls ein zweifelhaftes Vorhaben, denn die Infrastruktur um genügend Strom zu den schweizerischen Städten zu transportieren ist schlichtweg noch nicht vorhanden.

Es ist nicht abzustreiten, dass grosse Ungewissheit über die schweizerische Stromversorgung herrschen würde bei solch einem voreiligen und aufgezwungenen Atomausstieg. Ferner muss man bedenken, dass diese Initiative uns Milliarden kosten könnte! Die Betreiber, denen die Kraftwerke zwangsgeschlossen werden, können im Nachhinein eine Entschädigung einklagen — eine happige Rechnung, die dann vom Schweizer Steuerzahler berappt wird!

Der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative ist die Energiestrategie 2050 des Bundesrats. Darin ist vorgesehen, dass keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden, und dass die bestehenden Kraftwerke am Ende ihrer Lebensdauer abgeschaltet werden. Diese Dauer wird von der Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) nach genauen technischen Kriterien bestimmt. Stück für Stück werden also alle Kernkraftwerke abgestellt, und die Schweiz schreitet allmählich aber gewiss zum Atomausstieg.

Zusammenfassend: Die Schweiz ist bereits auf bestem Wege, um von der Kernkraft auszusteigen, und unsere Stromversorgung entwickelt sich allmählich zu einer Zeit ohne Atomenergie. Die Anlage in Mühleberg wird zum Beispiel bereits in drei Jahren definitiv abgestellt. Die Atomausstiegsinitiative beschleunigt dieses Vorgehen auf unvernünftig rascher Weise.

Die Frage, die sich die Schweiz am 27. November stellen muss ist also nicht: « Atomkraft, ja oder nein? », sondern « ein geregelter Ausstieg mit einer vernünftigen Dauer, oder ein chaotischer und kostspieliger Ausstieg auf kurzer Dauer ».

Die Initiative ist von den Linksparteien unterstützt, wird aber von allen anderen Parteien, sowie vom Nationalrat und Ständerat, klar abgelehnt.

Die FDP VS empfiehlt deshalb ein NEIN zur Initiative.

Kontakt:

- › René Constantin, Präsident FDP VS, 079 478 21 63
- › Christophe Claivaz, Fraktionschef, 079 541 88 72
- › Richard Baker, Sekretär, 076 416 27 04